



Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 04.07.2013

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:12 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	bei TOP 6 befangen
Herr Stadtrat Aßfalg	
Herr Stadtrat Bode	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Etzinger	
Herr Stadtrat Funk	
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	Ab TOP 2
Herr Stadtrat Heinkele	
Frau Stadträtin Kübler	bei TOP 6 befangen
Herr Stadtrat Lemli	Ab TOP 3
Herr Stadtrat Dr. Schmid	
Herr Stadtrat Späh	bei TOP 6 befangen
Herr Stadtrat Walter	

Verwaltung:

Herr Achberger, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Buchmann, Kulturamt
Herr Kopf, Hochbauamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Simon, Hauptamt
Herr Erster Bürgermeister Wersch
Herr Hiller, Hauptamt

Gäste:

Frau Ruopp, Lilienthal
Herr Briel, Lilienthal
Frau van der Meer, Lilienthal
Herr Weiß, Jugend Aktiv
Herr König, Jugend Aktiv
Herr Schiro, Stadtteilhaus Gaisental

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Geburtstagsglückwünsche	
2.	Partnerschaftsverein Biberach e.V. – Jahresbericht 2012 und Anträge auf Erhöhung des Zuschusses für Partnerschaftsarbeit und die Zuschüsse für Reisen in die Partnerstädte	125/2013
3.	Familienzentrum "Haus der Begegnung" an den Standorten Talfeld und Weißes Bild in Trägerschaft der Katholischen Gesamtkirchengemeinde Biberach	138/2013
4.	Jugend Aktiv e.V. - Jahresberichte, Jahresabschluss/Bilanz und Prüfberichte für die Jahre 2011 und 2012	120/2013
5.	Lilienthal e.V. - Geschäftsbericht 2012	127/2013
6.	Gemeinwesenorientierte Jugendarbeit in den Stadtteilen Gaisental, Weißes Bild und Fünf Linden - Antrag auf Verlängerung des Auftrags an Jugend Aktiv e.V. und Aufstockung	129/2013
7.	Stadtteilhaus Gaisental e.V. - Antrag auf Aufstockung und Weitergewährung des Betriebskostenzuschusses	132/2013
8.	Neubau Feuerwehrgebäude - Raumprogramm und Kostenprognose - Beteiligung des Kreisfeuerlöschverbandes - Auslobung Planungswettbewerb	137/2013
9.	Lieferung von digitalen Kopier- und Drucksystemen gegen monatliches Entgelt (Miete) für die Stadtverwaltung Biberach – Vergabe nach EU-weiter Ausschreibung	131/2013
10.	BiberachApp - Sachstandsinformation	141/2013

Die Mitglieder wurden am 26.06.2013 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 26.06.2013 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Geburtstagsglückwünsche

OB Zeidler begrüßt die anwesenden Stadträte, stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und gratuliert Stadtrat Tom Abele mit einer Flasche Wein zu dessen Geburtstag.

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 125/2013 zur Beschlussfassung vor.

OB Zeidler begrüßt Herrn Dr. Grimm vom Partnerschaftsverein und erteilt StR Abele das Wort.

StR Abele bedankt sich für den ausführlichen Bericht und die Arbeit des Vereins, die man nicht hoch genug schätzen könne, die Partnerschaften seien "Grundlage für das gelebte Miteinander". Die CDU freue sich deshalb, heute dem Antrag auf Erhöhung des Zuschusses zustimmen zu können, der angesichts des großen ehrenamtlichen Engagements fast schon symbolischer Natur sei.

Darüber hinaus erkundigt er sich nach dem Finanzstatus und den Zuschüssen an den Partnerschaftsverein allgemein und erbittet Auskunft über die Entwicklung der Partnerschaft mit Tendring

StRin Drews dankt allen ehrenamtlich Tätigen für die geleistete Arbeit. Durch diese gelänge es, den Bürgern Europa näher zu bringen. Die SPD sei gerne bereit, die Erhöhung der Zuschüsse mitzutragen, denn diese sei eigentlich schon lange nötig. Mit dieser Erhöhung hoffe man auch, ein Signal an junge Leute aussenden zu können, sich selbst zu engagieren. Die SPD habe keine Fragen zu der Vorlage.

StRin Goeth schließt sich dem Dank an und führt aus, dass die Freien Wähler die Erhöhung des Zuschusses gerne mittragen, diese Erhöhung sei nötig und nachvollziehbar. Zugleich drückt sie ihr Erstaunen darüber aus, dass der Ausschuss diese Erhöhung überhaupt beschließen müsse, schließlich sei der Zuschuss vom Kulturbudget getragen. Hier würde Sie Herrn Dr. Riedlbauer um Aufklärung bitten. Darüber hinaus stellt sie die Frage, wer überhaupt in den Genuss eines Reisezuschusses kommen könne, so hätte sie beispielsweise festgestellt, dass für Schweidniz im Jahr 2012 niemand einen Zuschuss bekommen habe und für Telawi nur eine Person. Sie meine sich aber erinnern zu können, dass es 2012 mehr Reisende in diese Städte gegeben habe.

StR Dr. Schmid lobt die finanzielle Zurückhaltung des Vereins und das große ehrenamtliche Engagement. Die Grünen seien gerne bereit, die Erhöhung des Zuschusses mitzutragen.

StR Funk schließt sich dem Dank der Vorredner an und verkündet die Zustimmung der FDP zu dem Beschlussantrag. Wenn es nach der FDP gegangen wäre, hätte man dieser Erhöhung der Zuschüsse schon viel früher zugestimmt.

Herr Dr. Grimm führt aus, dass die Partnerschaft mit Tendring schwierig sei, besonders der Schüleraustausch. Dies hänge damit zusammen, dass ein extremes Sicherheitsbedürfnis auf Seiten Tendrings bestehe, z.B. müsste ein Lehrer bei einem Schüleraustausch vorab alle Eltern in Biberach besuchen. Dies sei für den Partnerschaftsverein zwar nicht nachvollziehbar, aber es sei wohl eine Vorgabe. Er führt aus, dass dieses Jahr ein Sprachkurs in Tendring stattgefunden habe, dabei wurde auch angesprochen, dass Tendring mittlerweile einen Austausch mit Valence habe. Allerdings gäbe es hierfür einen Zuschuss aus Brüssel. Der Partnerschaftsverein wolle versuchen, auch an diesen Zuschuss zu kommen um den Schüleraustausch voranzubringen, aber das sei leider sehr schwierig. Er führt aus, dass sich die Partnerschaftsarbeit über die Jahre stark verändert habe

und die Anzahl der Direktbesucher zurückgegangen sei. Heute kämen die Menschen über andere Kanäle, z.B. die vielen Kulturbegegnungen. Zu den Finanzen des Vereins teilt er mit, dass der Partnerschaftsverein seit 1992 5 000 DM pro Partnerstadt erhalten habe. Inzwischen habe der Verein für seine Arbeit 140 000 Euro aus Mitgliedsbeiträgen zugeschossen. Nur etwa 30 Prozent der Mitgliedsbeiträge kämen tatsächlich den Mitgliedern zu, 60-70 Prozent der Allgemeinheit.

Herr Dr. Riedlbauer erläutert, dass es eigentlich gar keines Beschlusses des Gemeinderates für die Erhöhung des Zuschusses bedurft hätte, da diese aus dem Kulturbudget getragen werde. Nichtsdestotrotz sei es gute Tradition, über die Arbeit des Partnerschaftsvereins in regelmäßigen Abständen zu informieren und da habe es sich angeboten, diese Beschlussfassung mit einzubeziehen.

Herr Dr. Grimm führt aus, dass jedes Mitglied des Partnerschaftsvereins und jeder Bürger einen Zuschuss erhalte, wobei der Zuschuss für die Mitglieder nicht höher ausfalle.

OB Zeidler lobt abschließend die Arbeit des Vereins. Er führt aus, dass der Verein in der Stadt viel bewege und die letztmalige Anpassung des Zuschusses im Jahr 2003 erfolgt sei. Von daher dürfe man nach zehn Jahren durchaus einmal über eine Anpassung reden.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Partnerschaftsverein Biberach e.V. erhält ab dem Haushaltsjahr 2014 pro betreuter Partnerstadt /Städtefreundschaft einen Zuschuss in Höhe von 1.500 €. Damit erhöht sich der Zuschuss um 3.887 € erhöht auf 9.000 €. Der Betrag wird auf HHST. 1.3010.718000 bereitgestellt und die Erhöhung vom Kulturbudget getragen.**
- 2. Die Zuschussrichtlinien der Stadt Biberach vom 8. Dezember 2003 werden im Bereich "Vergabe von städt. Zuschüssen bei gegenseitigen Partnerschaftsbesuchen" angepasst. im Absatz 1 wie folgt angepasst:**

Reisezuschüsse in die Partnerstädte	€
Erwachsene nach Asti, Schweidnitz, Valence, Tendring	40
Jugendliche nach Asti, Valence, Schweidnitz, Tendring	50
Erwachsene nach Guernsey	80
Jugendliche nach Guernsey	120
Erwachsene nach Telawi	100
Jugendliche nach Telawi	150

Die Erhöhung wird über das Kulturbudget getragen.

(Jugendliche im Sinne der Zuschussrichtlinie sind Schüler, Studenten, Auszubildende bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres.)

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 138/2013 zur Beschlussfassung vor.

StR Walter teilt mit, dass die CDU den Anträgen zustimmen könne. Es sei Absicht der CDU, die Arbeit des Familienzentrums positiv zu begleiten. Die CDU habe überhaupt kein Problem damit, wenn dieses mit vier Häusern flächendeckend auf die ganze Stadt ausgebreitet werden sollte. Die Ausführungen von Frau Alger hätten gezeigt, dass keine Doppelstrukturen bestehen.

StRin Kübler betont die Vorteile des Hauses: niedrigschwellige Angebote ohne hohe Hürden. Die SPD begrüße das Projekt ausdrücklich, wobei ein gesamtstädtischer Ansatz mit einer Anlaufstelle in jedem Stadtteil wünschenswert wäre. Die SPD könne sich nicht vorstellen, dass Familien aus der Stadtmitte das Angebot im Talfeld wahrnehmen werden. Positiv sei, dass ein Anfang gemacht wurde, der aber ausbaufähig sei. Hierzu sei aber auch ein größeres Engagement seitens der Stadt notwendig. Ein Problem seien z.B. die für das Haus notwendigen Raumkapazitäten. Sie habe sich beim Jubiläum des St. Wolfgang Kindergartens dessen Räumlichkeiten angeschaut und festgestellt, dass es trotz des Anbaus vor einigen Jahren kein einziges freies Plätzchen mehr gäbe. Für die SPD-Fraktion heiße das, dass der Gedanke eines Bildungshauses, welches einen Kindergarten und eine Kinderkrippe enthält, zügig umgesetzt werden müsse. Bis es soweit ist, sollte mit Blick auf das Familienzentrum auch über eine Kooperation mit dem Stadtteilhaus Gaisental zur Entlastung des Kindergartens St. Wolfgang nachgedacht werden. Die von der Stadt gestellten Bedingungen zur Förderung halte die SPD-Fraktion für den richtigen Ansatz.

StRin Goeth betont, dass sich die Freien Wähler über derartige Initiativen freuen, weist allerdings zugleich darauf hin, dass man mit dem Begriff "Familienzentrum" vorsichtig umgehen müsse, denn eigentlich gäbe es in Biberach bereits ein Familienzentrum. Hier gelte es, eine Lösung zu finden, denn dabei handele es sich um völlig unterschiedliche Einrichtungen. In Bezug auf das Programm des Familienzentrums weist sie darauf hin, dass es viele vergleichbare Angebote bereits gäbe, hier müsse man Doppelstrukturen unbedingt vermeiden. Desweiteren merkt sie kritisch an, dass der Gemeinderat eben erst eine großzügige Freistellungsregelung für die Kindergartenleitungen beschlossen habe, damit diese ihren Konzeptions- und Beratungsaufgaben nachkommen können. Immer wieder sei die Finanzierung guter Projekte nur ein paar Jahre durch Drittmittel gesichert und dann werde eine Fortführung und Finanzierung durch die Stadt gefordert. Nicht die Stadt sei für eine nachhaltige Finanzierung verantwortlich, sondern der Verein. Diese könnten sich nicht darauf verlassen, dass die Stadt einspringen werde, wenn das Geld ausgeht. Die Stadt dürfe nicht in die Pflicht genommen werden, wenn andere Zuschussgeber ausfallen. Sie würde zwar unterstützen, sei aber nicht Träger des Familienzentrums. Der Kreis würde sich natürlich leicht damit tun, die Einrichtung dieses Familienhauses zu befürworten, er müsse sich ja auch nicht finanziell beteiligen. Frau Alger's Aussagen bzgl. der Doppelstrukturen bezögen sich nur auf den Kreis, es gehe hier aber um Biberach und die Strukturen hier sähen zum Glück ganz anders aus, es gäbe ganz tolle Angebote. Trotzdem stimme die Fraktion der Freien Wähler dem Antrag zu, sie bitte aber um eine enge Abstimmung mit dem Stadtteilhaus.

StR Späh betont, dass das Pilotprojekt im Weißen Bild und im Talfeld nun schon seit zwei Jahren laufe und die niedrig-schweligen Angebote richtig seien. Die Stadt solle ihren Part leisten und das Programm weitergehen, die Grünen würden dem Antrag zustimmen. Er gehe davon aus, dass sich

die Aussagen von Frau Alger nicht nur auf den Kreis beziehen, sondern die Stadt da mit eingeschlossen sei.

StR Funk signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion zum Antrag, verpflichtet aber Frau Goeth in ihrer Einschätzung bei, dass die Frage der Anschlussfinanzierung ein großes Problem sei. Zudem macht er darauf aufmerksam, dass es Aufgabe der Verwaltung sei, Projekte zu beobachten und den Gemeinderat über eventuelle Doppelstrukturen zu informieren. Großen Wert lege die FDP auch darauf, dass ein Erfahrungsbericht schon nach zwei – und nicht drei – Jahren vorgelegt wird.

OB Zeidler stimmt StR Funk zu, dass der Bericht ein Jahr früher vorzulegen sei. An StRin Kübler gewandt führt er aus, dass er davon ausgehe, dass die Kirche ein derartiges Programm nur dann implementiere, wenn sie auch die entsprechenden Raumkapazitäten habe. In Bezug auf die Finanzierung verpflichtet er StRin Goeth bei, dass eine "Salami"-Taktik verhindert werden müsse.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

- (1) Die Einrichtung bzw. Fortführung eines Familienzentrums „Haus der Begegnung“ an den Standorten Talfeld und Weißes Bild in Trägerschaft der Katholischen Gesamtkirchengemeinde Biberach wird befürwortet.**
- (2) Die Stadt Biberach unterstützt das Gesamtvorhaben ab dem Haushaltsjahr 2014 zunächst befristet bis 31.12.2016 mit einer Fördersumme von 10.000 EUR / Jahr.**
- (3) Die Förderung kann zum Ende eines Kalenderjahres eingestellt werden, soweit die schriftlichen Nachweise der anderen Finanzierungsinstrumente nicht bis zum Ende eines jeden Kalenderjahres erbracht worden sind.**

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 120/2013 zur Kenntnisnahme vor.

StR Walter lobt die Arbeit von Jugend Aktiv und nennt den Verein einen "Glücksfall für die Jugend in Biberach". Er und seine Fraktion erhielten nur positive Rückmeldungen. Das Streetworker-Angebot sei sehr positiv und vor allem die Schulsozialarbeit werde immer wichtiger. Von Herrn König möchte er wissen, wie sich das Team verändert und ob deswegen die Fachaufsicht verändert, bzw. verstärkt werden müsse. Darüber hinaus erkundigt er sich nach den Anfragen aus anderen Gemeinden und bemerkt, dass Jugend Aktiv ein städtischer Verein sei und kein "Landkreisverein" werden wolle und könne.

StRin Drews dankt Herrn Buchmann für die Vorlage und dem Verein Jugend Aktiv für die vielen, fast flächendeckenden Angebote. Die mobile Jugendarbeit mit den Streetworkern habe sich die Stadt gewünscht und die Erfolge seien zu erkennen. Es gäbe deutlich weniger Beschwerden seit es die Streetworker gibt. Sie hoffe, dass man die Streetworker noch lange behalten könne. Bei der Schulsozialarbeit laufe es recht gut, aber noch seien leider nicht alle Schulen versorgt. Immer wieder gäbe es Klagen von Eltern und Kollegen, dass hier noch Unterstützung fehle. Es sei richtig, über Jugend Aktiv auch in Schemmerhofen und Warthausen präsent zu sein, allerdings würde sie interessieren, inwiefern Personal- und Sachkosten abgerechnet werden. Die SPD würde sich noch mehr Schulsozialarbeit wünschen, da alle Jugendlichen von Mobbing betroffen seien. Hier wäre noch mehr Unterstützung nötig.

StR Heinkele schließt sich dem Lob an und betont den guten Ruf von Jugend Aktiv, weshalb auch andere Gemeinden mit den geplanten Schulsozialarbeitern unter das Dach von Jugend Aktiv schlüpfen wollten. Er merkt an, dass die Zahl der Mitarbeiter je nach Entscheidung des Gemeinderates zunehmen werde und moderne Organisations- und Kommunikationsstrukturen erforderlich mache. Zum Rechnungsprüfungsbericht vertritt er die Ansicht, dass der Hinweis, dass bei Rechnungen das Vier-Augen-Prinzip anzuwenden sei, angesichts der Größe des Vereins durchaus angebracht sei.

StR Dr. Schmid lobt die gute Jugendarbeit des Vereins und attestiert ihm eine enorme Weiterentwicklung. Zudem hebt er die große Kontinuität bei den Mitarbeiter positiv hervor. Abschließend wirft er die Frage auf, wie auskömmlich die Arbeit sei.

StR Funk lobt den Verein ebenfalls und bedankt sich dafür, dass die Berichte von Jugend Aktiv und dem Verein Liliental erstmals zusammen präsentiert werden. Angesichts der Mitarbeiterzahl und dem Organisationsaufwand vertrete die FDP aber die Ansicht, dass die Sozialarbeit in ein städtisches Amt gehöre, insbesondere auch wegen der Verzahnung mit dem Landkreis. Zudem äußert er den Wunsch, dass – ähnlich wie beim Kulturbudget – die beiden Vorlagen verbunden werden, um besser deutlich zu machen, was die Stadt Biberach insgesamt für Jugendarbeit ausgibt.

OB Zeidler kündigt an, dem Wunsch von StR Funk nachzukommen und die beiden Vorlagen künftig zusammenzupacken.

Herr König bedankt sich für die positiven Rückmeldungen und erläutert, dass derzeit rund 30 Personen – davon 18 Sozialpädagogen - für Jugend Aktiv tätig seien. Darunter seien sehr viele Teil-

zeitkräfte. In Warthausen und Schemmerhofen sei man damals tätig geworden, weil die Jugend nicht vor den eigenen Stadttoren Halt mache und es daher Sinn mache, auch Aufträge in Nachbargemeinden zu übernehmen. Zur Verrechnung gibt er an, dass Personal- und Sachkosten auf den Cent genau abgerechnet würden. Aktuell habe der Verein sehr viele externe Anfragen, die er aber ablehnen müsse, weil er organisatorisch nicht in der Lage sei, diese Anfragen alle zu bedienen. Mit der harten Abrechnung solle sichergestellt werden, dass die Stadt Biberach nicht für andere Gemeinden zahlt. Er betont, dass der Verein großen Wert darauf lege, der Stadt zu zeigen, was er für andere Kommunen tut und dass er die Kosten auch zurückerstattet bekommt.

Zur Frage der Ausdehnung teilt er mit, dass dies aktuell im Vorstand besprochen werde, man aber noch zu keiner Entscheidung gekommen sei. Man müsse sich die Strukturen anschauen und dann zu einer Entscheidung kommen, insbesondere was die Schulsozialarbeit betrifft, denn dieser Bereich sei in den letzten Jahren extrem gewachsen. Im Herbst solle dies deutlich dargestellt werden, damit transparent wird, was der Verein auch außerhalb der Schulen leistet.

Zur Frage, ob die Teilzeitstellen auskömmlich seien, teilt er mit, dass dies aus seiner Sicht nicht der Fall sei. An einer Grundschule mit multiplen Erziehungsproblemen komme man mit einer 25%-Stelle nicht hin, dies würden auch einige Schulen so sehen. Er kündigt an, dass dies auch Bestandteil einer Vorlage im Herbst sein werde.

Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 127/2013 zur Kenntnisnahme vor.

StR Abele dankt dem Verein für die tolle Arbeit und stimmt zu, dass die Besetzung der 40%-Technikerstelle nötig sei, da die Technik immer komplizierter werde. Zugleich betont er aber, dass es ursprüngliche Aufgabe des Vereins sei, die Voraussetzungen für die Stelle zu schaffen. Man wisse aber, dass es für einen Verein nicht ganz einfach sei, dies zu finanzieren. Deshalb sei auch die Stadt und die Verwaltung in der Pflicht, dabei zu beraten, an Fördertöpfe heranzukommen oder das Sponsoring auszubauen.

StRin Kübler schließt sich dem Dank StR Abeles an und lobt das vielfältige Angebot des Vereins. Was den Zustand der Haustechnik anbelangt vertritt sie die Ansicht, dass dies eine kalkulierbare Sache sei, für die der Verein Rücklagen bilden könne und müsse. Sie wirft die Frage auf, weshalb im Jahr 2011 eine Wasserrechnung in Höhe von 40 000 Euro angefallen sei und es dann 2012 zu einer Rückzahlung kam. Darüber hinaus wünscht sie sich eine Präzisierung der sonstigen Kosten.

StRin Goeth dankt dem Verein und wünscht sich eine Präzisierung der zusätzlichen Personalkosten in Höhe von 16 500 Euro.

StR Späh schließt sich den Vorrednern mit seinem Dank an und erkundigt sich nach der langfristigen Finanzierung der 40%-Technikerstelle.

StR Funk betont, dass es toll sei, die zwei Berichte direkt nacheinander abzuhandeln und wünscht sich, klar herauszustellen, was die Stadt alles leistet. Auch wenn dies alles im Haushaltsplan aufgeführt sei, würde es ihn freuen, wenn es – auch für die Öffentlichkeit – klarer dargestellt würde. Seinem Kenntnisstand nach übernehme die Stadt einen Personalkostenzuschuss von 41 000 Euro und die Halle werde pachtfrei zur Verfügung gestellt. Er würde gerne wissen, ob dies noch aktuell sei und bittet darum, auf den neuesten Stand gebracht zu werden.

Herr Briel stellt klar, dass eine Panne zu der hohen Wasserrechnung geführt habe – man habe den Ratzengraben quasi mit Frischwasser versorgt. Der Versorger habe aber etwas erstattet.

Frau van der Meer nimmt Bezug auf die Frage nach der 40%-Technikerstelle und erläutert, dass das Gebäude schon alt sei und deshalb viel gemacht werden müsse. Die Stelle solle auch dazu dienen, Jugendliche im Umgang mit der Technik fit zu machen. Im Moment werde die Stelle vom Verein selbst finanziert, aber ob dies nächstes Jahr noch möglich sein wird, sei derzeit ungewiss.

Herr Buchmann äußert sich zu den Pachtzuschüssen und gibt an, dass für das Gebäude, welches der Stadt gehört, Kosten anfallen. Zum Techniker merkt er an, dass diese Stelle sehr sinnvoll sei, denn das Abdera sei eine Versammlungsstätte und unterläge damit der Versammlungsstättenverordnung. Beim Betrieb einer solchen Versammlungsstätte müssten entsprechende Fachkräfte vor Ort sein. Insofern sei es toll, dass der Verein jemand habe, der das – auch in einem so geringen Umfang – macht.

Frau Ruopp stellt sich kurz vor und erläutert, dass die 16 500 Euro Personalkosten vom Vorgänger, Herrn Ilg, sind. Diese würden künftig wegfallen.

Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 129/2013 zur Beschlussfassung vor.

Die Stadträte Abele, Kübler, Späh erklären sich für befangen, verlassen den Sitzungstisch und setzen sich zu den Zuschauern.

StR Walter erkundigt sich, wann genau der Landkreis aus der Jugendarbeit ausgestiegen sei und bekundet die Zustimmung der CDU zur Verlängerung des Betriebskostenzuschusses. Darüber hinaus möchte er wissen, warum so viele Programme für Mädchen aufgeführt werden und verweist auf jüngere die Forschung, wonach insbesondere Jungen Förderbedarf aufwiesen. Zuletzt wirft er die Frage auf, weshalb dem Betriebskostenzuschuss separat zugestimmt werden müsse.

StRin Drews lobt das Stadtteilhaus und signalisiert die Zustimmung der SPD zum Antrag.

StRin Goeth schließt sich dem Lob und der Zustimmung an und erkundigt sich nach den Auswirkungen der Ganztagesbetreuung an den Schulen, der durchschnittlichen Teilnehmerzahl bei den verschiedenen Angeboten sowie der Funktionsweise einer Stadtteilbefragung und wie oft diese durchgeführt werden.

StR Dr. Schmid hebt hervor, dass Gaisental, das Weiße Bild und Fünf Linden zusammen den größten Stadtteil Biberachs bilden und eine Jugendarbeit dort besonders notwendig sei. Er bekundet die Zustimmung der Grünen.

StR Funk lobt die Angebote des Stadtteilhauses und kündigt die Zustimmung der FDP an. Er wirft die Frage auf, ob auch die Zeit kommen könne, an dem keine Jugendarbeit mehr nötig sei.

Herr Weiß führt aus, dass eine Stadtteilbegehung dazu diene, den Bedarf an Jugendarbeit zu ermitteln. Aktuell sei der Bedarf sehr hoch und daran werde sich – solange es Jugendliche gibt – auch nichts ändern. Mit zwei halben Stellen sei dieser Bedarf auch sehr schlecht abgedeckt.

Die durchschnittliche Teilnehmerzahl liege bei 30 bis 40 Teilnehmern. Dass es weniger Programme für Jungen gibt führt er darauf zurück, dass Mädchen Angebote stärker einfordern und von den Jungen dieser Bedarf nicht gesehen werde. Das M-Pire stehe aber sowohl Jungen als auch Mädchen zur Verfügung. Darüber hinaus erwähnt er, dass es gelungen sei, fünf bis sechs Jugendliche in Arbeit zu vermitteln. Diese hätten zuvor massive Schwierigkeiten gehabt.

OB Zeidler erkundigt sich nach dem Betriebskostenzuschuss.

Herr Buchmann führt dazu aus, dass es sich dabei um unterschiedliche Haushaltsstellen handele. Das eine seien Personalkosten, das andere die Raumkosten. Deshalb müsse es auf unterschiedlichen Haushaltsstellen laufen und auch als unterschiedliche Beschlussanträge aufgeführt werden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der bis Ende 2013 geltende Dienstleistungsvertrag zwischen der Stadt Biberach und dem Verein Jugend Aktiv e.V. für die Aufgabe "Gemeinwesenorientierte Jugendarbeit in den Stadtteilen Gaisental, Weißes Bild und Fünf Linden" wird um weitere drei Jahre (2014 – 2016) verlängert.**
- 2. Für diese Arbeit erhält der Verein Jugend Aktiv e. V. einen Zuschuss zur Beschäftigung von zwei Halbtagskräften, Personalnebenkosten, eine Verwaltungspauschale und Sachkosten für das Personal für die Jahre 2014 bis 2016 in Höhe von 62 000 Euro.
Die Mittel werden auf der Haushaltsstelle 1.4600.718300 bereitgestellt.**
- 3. Jugend Aktiv e.V. rechnet den Zuschuss gegenüber der Stadt jeweils bis 31.03. des Folgejahres ab.**
- 4. Die Dienst- und Fachaufsicht für die beiden Mitarbeiter liegt bei Jugend Aktiv e.V.**
- 5. Als Betriebskostenzuschuss für das von der Jugendarbeit genutzte Büro und den anteilig genutzten Besprechungsraum erhält der Verein Stadtteilhaus Gaisental e.V. einen Kostenersatz in Höhe von 4 300 Euro.**

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 132/2013 zur Beschlussfassung vor.

StR Walter dankt dem Verein für die gute Arbeit und bekundet die Zustimmung zum Antrag. Er erkundigt sich, was 80 Prozent des Abmangels bedeuten.

StR Lemli lobt den Verein und stellt klar, dass die SPD dem Beschlussantrag zustimme. Er berichtet, dass er sich als Kreisrat geärgert habe, als sich Kreis aus der Finanzierung von Jugend Aktiv zurückgezogen hat. Aber der Verein habe sich trotz Rückschlägen wieder erholt, die Stadt sei eingesprungen, viele hätten sich ehrenamtlich engagiert und der Zuschuss vom Bundesfamilienministerium habe auch dazu beigetragen, dass sich das Mehrgenerationenhaus so gut entwickelt. Er denke, diese 30 000 Euro jährlich wurden hervorragend angelegt. Er mahnt an, dass man darüber nachdenken müsse, wie es nach 2014 weitergehe. Hier bittet er den Verein, den Gemeinderat rechtzeitig zu informieren, so dass auch entsprechend reagiert werden könne. Man wolle keinen Rückschritt.

Es stehe zwar in der Vorlage, dass sich der Verein um eine Anschlussfinanzierung kümmern werde, aber dies sei nicht einfach.

Er erkundigt sich nach der Finanzierung nach 2014 und bittet den Verein um eine rechtzeitige Info, wie es mit der Anschlussfinanzierung weitergeht.

StRin Goeth stellt klar, dass sich das Stadtteilhaus bewährt habe, obwohl die Investition einst nicht unumstritten gewesen sei. Die Freien Wähler würden der Vorlage zustimmen, aber Doppelstrukturen müssten unbedingt verhindert und eine enge Verzahnung mit dem geplanten Haus der Begegnung sichergestellt werden.

StR Dr. Schmid macht auf das Problem aufmerksam, dass der Bundeszuschuss wegfalle und die Anschlussfinanzierung noch offen sei. Darüber hinaus erkundigt er sich, ob es nach dem Besuch von Ministerin von der Leyen noch einmal eine Rückmeldung oder einen Kontakt gegeben habe.

StR Funk schließt sich dem Dank der Vorredner an und gibt die Zustimmung der FDP-Fraktion bekannt. Er finde es immer toll, eine Tabelle mit Daten aus verschiedenen Jahren zu bekommen, denn dann habe man auch Material zur Beurteilung.

Herr Buchmann stellt klar, dass es einen Antrag auf Erhöhung des Zuschusses gibt, man diesen aber nach Rücksprache mit dem Verein zurückgestellt habe. Denn würde man jetzt einen höheren Zuschuss beantragen, könne es sein, dass man in einigen Monaten mit demselben Anliegen wieder vor den Gemeinderat treten müsse. Dies halte er für unredlich. Deshalb habe man sich dafür entschieden, jetzt erst einmal die Sicherung für die nächsten drei Jahre zu beschließen, und dann gegebenenfalls noch einmal auf den Gemeinderat zuzukommen. Er stellt außerdem richtig, dass in der Vorlage der Zuschuss von max. 80 Prozent des Abmangels auf max. 20 500 Euro begrenzt sein müsse. Dies müsse man im Beschlussantrag noch ergänzen.

Herr Schiro stellt sich kurz vor und berichtet, dass im August ein Staatssekretär zu Besuch kommen werde. Wenn die Bundesfinanzierung wegfalle, würde sich eine Lücke in Höhe von 40 000

Euro aufzutun. Ab 1. Juli solle eine Studentin befristet eingestellt werden, die Mittel akquirieren und sich damit selbst finanziere.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Verein Stadtteilhaus e. V. erhält für weitere drei Jahre (2014, 2015, 2016) einen Betriebskostenzuschuss von maximal 80 % des Abmangels (höchstens 20 500 Euro) laut der Vereinbarung zwischen Stadt und Verein zum Betrieb des Mehrgenerationenhauses /Stadtteilhauses Gaisental.**

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 137/2013 zur Vorberatung vor.

OB Zeidler verweist darauf, dass das Thema in zwei Ausschüssen anstehe: Der Bauausschuss prüfe das bauliche Konzept, Aufgabe des Hauptausschusses sei es, die Finanzierung zu klären.

StR Abele wirft die Frage auf, welche Kosten der Kreis übernehmen werde und wünscht sich eine genauere Erklärung zu Punkt 3b), welcher die Übernahme der Instandhaltungskosten regelt. Zudem weist er auf die aktuell erarbeitete Kostenprognose hin, die über die Ausschreibung bzw. die Architekten verdichtet werden müsse. Er hoffe, eine exakte Kostenprognose zu erhalten, um Überraschungen nach oben zu verhindern. Die Verwaltung habe die Preisrichter für das Preisgericht vorgeschlagen, hier gäbe es von Seiten der CDU-Fraktion keine Einwände, das sei schließlich mit der Feuerwehr so abgesprochen worden. Abschließend bringt er die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Antrag zum Ausdruck.

StRin Kübler verdeutlicht, dass der Neubau für die SPD-Fraktion außer Frage stehe, weist aber darauf hin, dass auch die Ehingerstraße aufgrund der Abfahrtsmöglichkeiten ein guter Standort gewesen wäre, aber man hier das Problem des geringen Raumangebots erkannt habe. Sie wirft die Frage auf, wie es sich mit den Abfahrtsmöglichkeiten in der Bleicherstraße verhält und weist darauf hin, dass sich direkt gegenüber ein Asylbewerberheim befinde, in dem sehr viele Kinder untergebracht seien, die auf der Bleicherstraße spielten. Sie möchte wissen, ob man dies bei den Planungen bedacht habe. Die Kostenprognose halte sie für nachvollziehbar, allerdings würde sie interessieren, warum fünf Fahrzeuge nicht unter die Zuschussregelung fallen. Ansonsten könne die SPD-Fraktion dem Antrag zustimmen und es freue sie sehr, dass der erstellte Zeitplan bisher eingehalten werden konnte.

StR Heinkele betont, dass die Freien Wähler den Standort des Kreisfeuerwehrlöschverbandes am Standort der größten Feuerwehr im Kreis für richtig halten und es klar sei, dass sich daraus eine Kostenteilung ergäbe. Er fährt fort, dass es ihm etwas wie Herrn Abele gehe, auf der einen Seite sei von einer Deckelung der Kosten die Rede, auf der anderen Seite würde der Baukostenindex 2013 erwähnt. Wenn man 2014/15 mit Bauen beginnt, sei er sich sicher, dass es zu Preissteigerung komme. Er möchte wissen, ob dies bedeute, dass die Kostensteigerung nur von der Stadt übernommen werden müsse, oder ob sie prozentual aufgeteilt werde. Denn in diesem Fall müsste die Deckelung prozentual festgelegt werden und nicht mit absoluten Beträgen. Dies sei ihm etwas undeutlich in der Vorlage. Den Bau von Wohnungen unterschiedlicher Größe hielten die Freien Wähler für eine gute Sache, er würde aber gerne wissen, ob eine Zweckbindung mit den Mietern vereinbart sei. Unter Punkt 3a) soll die Stadt auf eine Bewertung anteiliger Grundstückskosten verzichten, damit seien die Freien Wähler einverstanden. Aber er betont, dass die Mitglieder des Hauptausschusses schon wissen sollten, welchen Wert das Grundstück habe und wie hoch die Kosten des Abräumens seien, auch im Hinblick auf den wohl dort vergrabenen Sondermüll. Abschließend wünscht er im Namen der Freien Wähler viel Erfolg für das Projekt und verkündet die Zustimmung zum Antrag.

StR Späh betont, dass die Feuerwehr ein wichtiger Teil der Infrastruktur sei. Der alte Standort sei nicht mehr sanierungsfähig und ein neues Haus daher wichtig. Die Umsetzung solle schnell erfol-

gen. Auch die Grünen hätten sich die Frage nach der Kostenabgrenzung von Feuerwehrlöschverband und Stadt gestellt. Er wünsche sich eine Präzisierung der Kosten für die Stadt. Ebenfalls erwähnt er, dass Stadträte auf Wunsch an der Sitzung des Preisgerichtes teilnehmen können. Er fände es gut, wenn die Fraktionen vorab informiert würden, wann die Sitzungen sind. Dann könnten die Fraktionen selbst entscheiden, ob sie jemanden schicken können. Die Grünen wären auf jeden Fall interessiert daran. Ansonsten stimmten die Grünen dem Antrag zu.

StR Funk erwähnt, dass bis jetzt 16 Mio. Euro abgelegt seien, jetzt sehe es so aus, als ob man davon 3,6 Mio. abziehen könne. Darüber hinaus wirft es die Frage auf, wie die rechtliche Struktur mit den Wohnungen, der Stadt und dem Feuerwehrlöschverband aussehe. Ihm sei einmal der Gedanke gekommen, ob man die Wohnungen nicht dem Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft zur Bearbeitung geben könnte. Er gehe davon aus, dass die Wohnungen an die Feuerwehrleute vermietet werden. Was die Miete anbelangt möchte er wissen, ob diese im Haushalt der Stadt ankomme.

OB Zeidler führt aus, dass der Kreisfeuerwehrlöschverband die in der Vorlage genannten 3,679 Mio. Euro übernehme. Dies seien die reinen Baukosten. Ziffer 3b) – die Instandhaltungskosten für Gebäude etc. beziehe sich lediglich auf das, was der Kreisfeuerwehrlöschverband nutzt. Zur Frage der Bezuschussung von Feuerlöschfahrzeugen gibt OB Zeidler an, dass dies mit der Gemeindegröße zusammenhänge. Er kündigt an, dass der Gemeinderat den Termin für die Sitzung des Preisgerichts auf jeden Fall erhalte.

BM Kuhlmann beantwortet die Frage von StRin Kübler nach den Zu- und Abfahrten mit dem Hinweis, dass darüber lange diskutiert wurde und das Ganze so von der Feuerwehr akzeptiert worden sei. Es gebe die Zufahrt über die Bleicher- und über die Vollmerstraße - die Zufahrt von zwei Seiten sei Voraussetzung gewesen. Zur Frage von StR Funk teilt er mit, dass die Wohnungen zweckgebunden für die Feuerwehr seien. Das Gebäude insgesamt gehöre der Stadt, da seien entsprechende Verträge mit dem Kreisfeuerwehrlöschverband gemacht. In Bezug auf die spielenden Kinder in der Bleicherstraße führt er aus, dass dies nicht berücksichtigt wurde. Es sei ihm klar, dass es dort eventuell zu einem Nutzungskonflikt kommen könne, nur müsse man sehen, dass die Bleicherstraße eine Straße im Gewerbegebiet sei und da könne man keine Rücksicht nehmen. Da müssten die Kinder aufpassen, dass sie nicht auf der Straße spielen. Zur Frage von StR Heinkele nach der Deckelung der Kosten gibt er an, dass dies ein sehr wichtiges Thema gewesen sei. Aktuell könne man nur Kosten prognostizieren aufgrund des Raumprogramms, das sei aber eine relativ unsichere Größe. Man brauche aber eine Grundlage, damit auch der Kreis seine entsprechenden Beschlüsse fassen könne. Mit dem Wettbewerbsergebnis werde man konkretere Zahlen zu den Kosten haben und dann werde der Landkreis auch eine verlässliche Größe haben, mit der er kalkulieren kann. Wenn der Entwurf vorliegt, werde man festlegen, wo die Deckelungsgrenze liegen soll.

StR Heinkele vergewissert sich, dass die Mehrkosten also nicht allein zu Lasten der Stadt gehen.

BM Kuhlmann bestätigt dies und führt abschließend auf, dass es ein großer Vorteil sei, den Kreisfeuerwehrlöschverband als Partner zu haben, denn dieser sei ständig vor Ort präsent. Beim Ersteinsatz würden diese Mitarbeiter helfen, da sie direkt vor Ort seien und direkt in die Fahrzeuge springen können. Erst dann kämen die Mitarbeiter der freiwilligen Feuerwehr dazu, die man erst von ihren Arbeitsplätzen wegholen müsse. Wenn die Stadt diesen Vorteil nicht nutzen könnte, müsste man die eigene Feuerwehr komplett anders aufbauen, mit eigenem Personal, was deutlich teurer wäre. Deswegen habe man einen Ausgleich versucht, der für den Landkreis funktionie-

re und auch für die Stadt. Insgesamt habe man damit eine deutliche Kosteneinsparung, diese sei aber nicht explizit gerechnet.

Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß dem Beschlussantrag der Verwaltung zu beschließen.

TOP 9 Lieferung von digitalen Kopier- und Drucksystemen gegen monatliches Entgelt (Miete) für die Stadtverwaltung Biberach – Vergabe nach EU-weiter Ausschreibung

131/2013

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 131/2013 zur Beschlussfassung vor.

StR Heinkele bekundet die Zustimmung der Freien Wähler zu der Vorlage und erkundigt sich, was es mit den aufgeführten sechs Beratertagen auf sich habe. Darüber hinaus möchte er wissen, in welcher Zeit die Geräte von der Firma Morgenstern gewartet werden können.

Herr Hiller erläutert, dass es sich um eine sehr ausführliche, EU-weite Ausschreibung mit vielen technischen Details handelte und man Rechtssicherheit haben wollte. Auf diese Weise seien die sechs Beratertage zustande gekommen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Mit Lieferung, Roll-out und Betriebslogistik von 60 digitalen Kopier- und Drucksystemen für die Stadt Biberach (Verwaltung, Schulen und von der Stadt betreute Organisationen) gegen monatliches Entgelt wird die Firma Morgenstern AG, Niederlassung Ulm, beauftragt. Es handelt sich um Systeme des Herstellers Sharp. Bei einer Laufzeit von 60 Monaten betragen die Kosten einschließlich Mehrwertsteuer 389 112,16 €.

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 141/2013 zur Kenntnisnahme vor.

StR Abele mahnt an, dass die Maßnahme langsam umgesetzt werden müsse. Man solle sich nicht nur in Arbeitskreisen treffen, sondern die App auch realisieren. Aus Sicht der CDU-Fraktion sollten einige Punkte noch einmal überdacht werden, z.B. sollten die Betriebssysteme gleichzeitig entwickelt werden, so dass die App in der breiten Masse anwendbar ist. Eine App lebe von der Aktualität, für die CDU sei daher unabdingbar, dass z.B. Informationen aus dem Parkleitsystem abrufbar sind. Dann müsse man auch ein bisschen kreativ sein und sich überlegen, was von der Aktualität her noch in die App rein müsse. Die App werde nicht nur von Auswärtigen genutzt, sondern auch von Biberachern, er könne sich daher vorstellen, dass auch der aktuelle Mittagstisch abgerufen werden kann. Die Verlinkung halte die CDU-Fraktion für nicht richtig, die App solle ein in sich geschlossenes System sein. Wenn man Verlinkungen einbauen würde, käme man auf andere Seiten und man hätte andere Ladezeiten. In der Fachwelt würde man aktuell auch davor warnen, derartige Verlinkungen vorzunehmen. Deshalb sei es für die CDU-Fraktion nicht ganz verständlich, warum man solche Verlinkungen mit aufgenommen habe. Die CDU-Fraktion wünsche sich, dass die App zügig umgesetzt werde.

StR Lemli merkt an, dass sich StR Abele mit seinen Aussagen widersprochen habe. Zuerst habe er gesagt, es müsse jetzt zügig losgehen und dann habe er gesagt, die App müsse wohl überlegt sein. StR Lemli vertritt die Ansicht, dass bei der Einführung einer solchen App alles von Anfang an stimmen müsse. Er hält fest, dass das was StR Abele gesagt hat vollkommen richtig sei. Auch die SPD hätte sich gewünscht, dass man mit allen Betriebssystemen gleichzeitig startet, denn wenn eines später komme und ein anderes noch einmal zwei Jahre später, dann würden sich die Leute ärgern. Ferner sei es für die SPD sehr wichtig, dass die Informationen aktuell sind. In diesem Zusammenhang erkundigt er sich danach, wer für die Pflege der App zuständig sei und wie hoch die Kosten dafür wären.

StR Heinkele bedankt sich für das Konzept und hebt hervor, dass das Modulkonzept der richtige Weg sei. Wie StR Lemli habe auch er Angaben zu den Pflege- und Weiterentwicklungskosten der App in der Vorlage vermisst. Wenn die Stadt solche Projekte angeht, müsse man auch die Folgekosten berücksichtigen und es müsse klar sein, wer für die Pflege der App zuständig ist. Seiner Einschätzung nach sei die Android-Version in der Bevölkerung weiter verbreitet und billiger noch dazu. Hier würde ihn interessieren, warum man nicht mit der Android-Version anfangen oder gleich beide Versionen entwickle. Darüber hinaus erkundigt er sich, ob bei der Einbindung externer Dienste wie google-maps Lizenzgebühren für die Stadt anfallen.

StR Späh betont, dass die Stadt mit der App Neuland betrete und davor eine gründliche Vorarbeit geleistet werden müsse. Auch er frage sich, warum die App nicht für beide Betriebssysteme zeitgleich eingeführt werde. Darüber hinaus möchte er wissen, wann genau der Startschuss für die App erfolgen solle.

Herr Simon hält fest, dass es in der Tat eine Geldfrage sei. Zum Thema Aktualität bemerkt er, dass die jeweiligen Fachbereiche für die Pflege und Aktualisierung der App-Inhalte zuständig seien aber die endgültige Struktur noch nicht feststehe, da man sich noch in der Planungsphase befinde. Generell könne man sagen, dass für die technische Umsetzung das Hauptamt zuständig sei, für die inhaltliche Ausgestaltung das Stadtmarketing und die Fachbereiche. Die Kosten könne

man derzeit noch nicht genau beziffern. Bezüglich des Startzeitpunktes verweist er auf die Vorlage, in der das zweite Quartal 2014 genannt wurde.

Herr Treiber bemerkt, dass die Pflegekosten vom Aufwand abhängen und man dies erst abwarten müsse. Zur Frage der Verlinkung gibt er an, dass die Links in die App integriert werden sollen.

StR Abele regt an, bei anderen Städten im Umkreis Erfahrungswerte einzuholen bzgl. der Kosten der App.

Herr Treiber erläutert, dass Ehingen lediglich eine mobile Webseite und nur Ulm eine richtige App habe. Bei Apple sei die Entwicklung der App mit dem größten technischen Aufwand verbunden, allerdings könne dies dann für die Entwicklung der anderen Betriebssysteme genutzt werden. Aus diesem Grund würde man mit der Apple-Version beginnen.

StR Lemli erkundigt sich, wie hoch die Kosten für alle drei Systeme wären und wann genau die Kosten eingestellt werden müssten, bzw. ob es dann außerplanmäßig laufe.

Herr Simon erläutert, dass die Kosten überplanmäßig im Haushalt eingestellt werden müssten.

StR Etzinger bemerkt, dass er den Eindruck habe, dass Apple gerade bei jungen Leuten eher nicht so verbreitet sei.

StR Funk verweist auf die derzeitigen niedrigen Zinsen und sagt, dass beide Systeme gleichzeitig eingeführt werden sollten, sofern man beide Versionen haben möchte.

OB Zeidler schlägt vor, das Thema noch einmal aufzuarbeiten und näher auf die Kosten einzugehen. Er habe den Eindruck, dass dies in Biberach gar keine Rolle spielen würde.

StR Funk widerspricht und hält fest, dass die Kosten durchaus eine Rolle spielen. Aus diesem Grund sei er dagegen, die App in Etappen auf den Weg zu bringen. Er wünsche sich, die Zahlen insgesamt auf ein Papier zu bekommen, so dass sie insgesamt Ja oder Nein sagen können.

OB Zeidler verweist darauf, dass es sich bei dem vorliegenden Papier nur um eine Informationsvorlage handle und beendet den Tagesordnungspunkt.

Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.

Hauptausschuss, 04.07.2013, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Zeidler
Stadtrat:	Funk
Stadträtin:	Goeth
Schriftführer:	Achberger
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann